

Bundesverfassungsgericht entscheidet über Polizei-Kosten im Fußball!

Bundesverfassungsgericht entscheidet am 14.01.2025 über Bremens Forderung zur Kostenbeteiligung der DFL an Polizeieinsätzen.



Bremen, Deutschland -

Am 14. Januar 2025 wird das Bundesverfassungsgericht über einen jahrelangen Rechtsstreit entscheiden, der die Deutsche Fußball Liga (DFL) und die Stadt Bremen betrifft. Im Mittelpunkt steht die Frage, ob die DFL an den Kosten für Polizeieinsätze bei sogenannten Hochrisikospiele beteiligt werden muss. Dieses Thema beschäftigt die Bundesliga seit über zehn Jahren, nachdem die Bremer Bürgerschaft im Oktober 2014 ein Gesetz beschloss, das die DFL zur Zahlung erheben soll.

Hochrisikospiele sind Begegnungen mit einer erhöhten

Wahrscheinlichkeit für gewalttätige Auseinandersetzungen, beispielsweise Derbys wie das Aufeinandertreffen zwischen Werder Bremen und dem Hamburger SV. Bremer Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) hatte 2014 betont, dass die Fußball-Bundesliga finanziell stark sei und die Kosten daher nicht von den Steuerzahlern getragen werden sollten. Im Rahmen dieser Regelung werden Gebühren erhoben, wenn mehr als 5000 Personen an einem Spiel teilnehmen und Gewalthandlungen zu erwarten sind.

Der Verlauf des Rechtsstreits

Seit 2015 forderte Bremen von der DFL die Übernahme dieser Kosten. Der erste Gebührenbescheid über 425.718,11 Euro für ein Nordderby wurde bereits 2015 versandt, allerdings weigerte sich die DFL, diese Kosten zu tragen. Dies führte zu einem Rechtsstreit, der bis vor das Bundesverwaltungsgericht ging. 2019 entschied dieses teilweise zugunsten Bremens, woraufhin die DFL eine Verfassungsbeschwerde einlegte und sich gegen die angeblichen Verfassungsverstöße wandte.

Das Bundesverfassungsgericht wird nun entscheiden, ob die finanziellen Belastungen bei Hochrisikospiele von der DFL getragen werden müssen oder ob der Staat die öffentlichen Sicherheitskosten weiterhin vollständig aus Steuermitteln finanzieren soll. Bremen hat angekündigt, nur die Mehrkosten für Hochrisikospiele zu fordern, nicht die gesamten Polizeikosten. Bisher wurden bereits Kosten in Höhe von über drei Millionen Euro angehäuft, von denen die DFL unter Vorbehalt fast zwei Millionen Euro gezahlt hat.

Auswirkungen auf die Fußballlandschaft

Ein Urteil zugunsten Bremens könnte möglicherweise auch andere Bundesländer inspirieren, ähnliche Regelungen zu erlassen. Den bisherigen Entwicklungen zufolge haben 32 von 34 DFL-Klubs sich 2019 für einen Beschluss ausgesprochen, der die Gebührenbescheide allein auf Werder Bremen abwälzt. Ein

Vorschlag von Innensenator Mäurer zur Schaffung eines Fonds zur Unterstützung der Kostenverteilung wurde jedoch von der DFL zurückgewiesen, was die Diskussionen über die faire Verteilung der Polizeikosten im Fußball weiter anheizen könnte.

Die Entscheidung des Gerichts könnte weitreichende Konsequenzen für den deutschen Profifußball nach sich ziehen, während der rechtliche Kampf weiter auf die Verletzlichkeit und die finanziellen Belastungen für die Vereine hinweist, die mit Hochrisikospiele verbunden sind.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Bremen, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.sportschau.de• www.zdf.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de